

Zeitschrift:	Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber:	Auslandschweizer-Organisation
Band:	25 (1998)
Heft:	2
Artikel:	Interview mit Nationalrat Philippe Pidoux : "Den Aufbau unseres Landes überdenken"
Autor:	Lenzin, René / Pidoux, Philippe
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-910495

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

die frankofonen Regionen Berns und Freiburgs in Lehrmittelfragen naturgemäß Richtung Westschweizer Regierungskonferenz. Grenzüberschreitende Probleme versuchen die Jurakantone im sogenannten «Arc jurassien» anzupacken. Aber nicht nur sachpolitische Bedürfnisse, sondern auch Mentalitäts- und Sprachunterschiede führten zu Vorbehalten gegen allzu forsche Projekte innerhalb des Espace Mittelland, konstatiert Treina.

Kein Souveränitätsabbau

Von einer wirklichen Kompetenzabtretung an überkantonale Gremien, die letztlich auf die Bildung neuer Verwaltungseinheiten hinauslaufen würde, spricht denn vorläufig auch kaum jemand. Laut Treina drängte sich die Neueinteilung der Schweiz in wenige Regionen aus wirtschaftspolitischer Perspektive zwar auf, weil das heutige System von 26 unterschiedlichen Märkten aufwendig sei und nicht adäquat auf Standortfragen reagieren könne. Aber eine Aufweichung oder gar Aufhebung der kantonalen Souveränität erachtet er unter den heutigen Gegebenheiten als völlig unrealistisch. In den Unterlagen des Espace finden sich dazu folgerichtig keine Hinweise. «Natürlich stellt sich diese Frage in einer langfristigen Perspektive», sagt Sandra Maissen, «aber wir können nicht heute festlegen, was in 50 Jahren sein soll.»

Widerstände gegen den Abbau kantonalen Eigenständigkeit kämen nicht nur von Verwaltung und Politik, die sich mit einem erheblichen Machtverlust konfrontiert sähen. Auch breite Kreise der Bevölkerung würden sich wohl dagegen wehren. Zwar ist in der Regel das Interesse an kantonalen Wahlen und Abstimmungen noch geringer als auf Bundes- und Gemeindeebene, aber am Föderalismus darf trotzdem nicht gerüttelt werden. Als der Waadtländer National-

und ehemalige Regierungsrat Philippe Pidoux im vergangenen Jahr die Fusion der Waadt mit Genf anregte, ging ein Aufschrei des Entsetzens durch beide Kantone (siehe Interview). Und in Schaffhausen wurde kürzlich die Anschaffung eines eigenen Computer-tomographen beinahe zur kantonalen Existenzfrage hochstilisiert (und nur knapp verworfen).

Regionalpolitik der EU

So wird es vorläufig bei den losen Verbindungen in Wirtschaftsräumen oder regionalen Regierungskonferenzen (siehe Kasten) bleiben. Gleichzeitig wird aber auch der Druck zur interkantonalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zunehmen. Das hängt primär mit der Regionalpolitik der Europäischen Union zusammen, deren zentrale Bedeutung für die Entstehung des Espace Mittelland sowohl Sandra Maissen als auch Michael Treina betonen. Was einer gewissen «Verschweizerung» der EU gleichkommt, nämlich die Förderung der Eigenständigkeit von teils historisch gewachsenen Regionen, stellt gleichzeitig den schweizerischen Föderalismus in Frage. Denn die meisten Kantone sind zu klein, um im Konzert eines Europas der Regionen mitzuspielen zu können.

Fazit: Wer heute das Ende der Kantone heraufbeschwört, verkennt die tatsächliche Situation. Wer allerdings eine Schweiz mit 26 Kantonen für immer und ewig postuliert, wird wohl längerfristig umdenken müssen. Wie sagt es doch ein Ostschweizer Ständerat hinter vorgehaltener Hand? «Ich bin überzeugt, dass wir einen Kanton Ostschweiz bilden müssen. Weil die Zeit für solche Ideen aber noch nicht reif ist, wäre es kontraproduktiv, damit jetzt schon an die Öffentlichkeit zu gehen.» Sein Parlamentskollege Pidoux wird's ihm bestätigen. ■

Interview mit Nationalrat Philippe Pidoux

«Den Aufbau und die Anschaffung eines eigenen Computer-tomographen beinahe zur kantonalen Existenzfrage hochstilisiert (und nur knapp verworfen).»



Philippe Pidoux:
«Die 26 Mini-Kantone passen nicht mehr in die heutige Welt.»
(Fotos: Michael Stahl)

Herr Pidoux, Sie haben kürzlich vorgeschlagen, die Kantone Waadt und Genf zu fusionieren. Sind Sie ein Technokrat oder ein Träumer?

Ein Träumer. Ohne Träume lässt sich nichts bewegen. Wollen wir eine durch Abschottung und Komplexität gelähmte Schweiz verändern? Wir haben von der Kriegs-Generation ein privilegiertes Land geerbt. Doch wir haben in einem unvernünftigen Mass Schulden angehäuft, deren Tilgung wir unsren Kindern überlassen. Wenn meine Kinder mich fragen, was meine Generation geleistet habe, will ich antworten können: Ich habe versucht, im Dienst der Bürgerinnen und Bürger zu sein, indem ich einen andern Aufbau unseres Landes angeregt habe.

Die Kantongrenzen verlieren im Alltag der Menschen an Bedeutung. Trotzdem stösst Ihr Vorschlag mehrheitlich auf Ablehnung. Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch?

Mein Vorschlag hat in der «zivilen» Gesellschaft einen Erfolg. Aber alle, die Macht ausüben, stellen sich gegen Veränderungen, und auch die Verwaltung

Regionale Regierungskonferenzen

Innerschweizer Regierungskonferenz: Luzern, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, Uri, Zug

Regionalkonferenz der Regierungen der Nordwestschweiz: Aargau, Baselland, Basel-Stadt, Bern, Solothurn

Konferenz der Ostschweizer Kantonsregierungen: Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Glarus, Graubünden, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau

Konferenz der Kantone der Westschweiz: Bern, Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg, Waadt, Wallis

Regierungskonferenz der Gebirgskantone: Glarus, Graubünden, Nidwalden, Obwalden, Tessin, Uri, Wallis

»Unseres Landes überdenken»

hat Angst vor ihnen. Daher stösst meine Idee auf den Widerstand aller «Apparatschiks».

Glauben Sie, dass Ihr Vorschlag in einer Volksabstimmung mehrheitsfähig wäre?

Anlässlich von Meinungsumfragen im Juni 1997 hat sich eine Mehrheit von Genfern und Waadtländern für eine Fusion der beiden Kantone ausgesprochen. Ich glaube, dass in diesem Landesteil eine gemeinsame Identität am entstehen ist. Für Neuzuzüger ist das Gebiet von Genf bis Montreux eine einzige Grossstadt. Eine gepflegte Stadt übrigens mit viel Grünflächen und ökologischem Bewusstsein; eine Stadt, in der sich Frauen ohne Probleme bewegen können und die Kinder gut erzogen sind.

Es wird vermutet, dass Sie als Staatsrat nicht wiedergewählt worden sind, weil Ihre Rationalisierungspolitik im Spitalwesen zu forsch war. Und trotzdem gehen Sie jetzt noch einen Schritt weiter...

Auch wenn wir kurzfristig handeln müssen, soll langfristiges Denken erlaubt sein. Es liegt in der Logik der Dinge, dass wir früher oder später eine Einigung mit der Europäischen Union eingehen werden. Dannzumal werden wir mit unsern Nachbarn eine Region bilden. Was ich befürchte, ist, dass diese Region um Lyon herum entsteht und dass Genf zur Präfektur und Lausanne gar zur Unter-Präfektur wird. Die Genferseeregion ist nach Zürich die zweitwichtigste der Schweiz. Ich will sie weiter stärken, damit sie selber über ihre Zukunft entscheiden kann.

Genf und die Waadt sind reiche Kantone, aber bezüglich Verschuldung sind sie die Klassenschlechtesten der Schweiz. Ihre Finanzpolitik ist verantwortungslos. Diese Schwäche muss ausgenutzt werden, um die Regeln zu ändern und den Aufbau der Schweiz zu überdenken. Zumal die Verwaltung im Dienste der Bürger zu stehen hat und nicht umgekehrt.

Es gibt bereits verschiedene Formen der interkantonalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, etwa den «Conseil du Léman», die Konferenz der Westschweizer Kantonsre-

gierungen oder den «Espace Mittelland». Weshalb braucht es noch einen «Canton du Léman»?

Als ich Teil des Systems war, habe ich gesehen, wie stark die Widerstände gegen Veränderungen sind. Die Schweiz ist ein kompliziertes Land. Ihre drei Ebenen Bund, Kanton und Gemeinde sind gleichbedeutend mit drei Möglichkeiten, Dinge zu blockieren. Was Sie erwähnen, ist eine vierte Ebene und eine vierte Blockierungsmöglichkeit. Nehmen wir das Beispiel der Universitätsspitäler von Genf und Lausanne. Schon der geringste konkrete Schritt zur Zusammenarbeit wird durch ein Referendum in Genf in Frage gestellt. Daher mein Vorschlag der Fusion beider Kantone, damit die Dinge nicht noch komplizierter werden und das Volk seine demokratische Kontrollfunktion im Rahmen eines Kantons wahrnehmen kann.

Ist Ihr Vorschlag ein auf die Verhältnisse am Genfersee zugeschnittenes Projekt oder ein Modell auch für andere Regionen der Schweiz?

Die Fusion der beiden grossen Westschweizer Kantone ist Teil einer gesamtschweizerischen Erneuerung des Föderalismus. Die Zentralschweiz steht vor den gleichen Problemen wie wir,

Philippe Pidoux



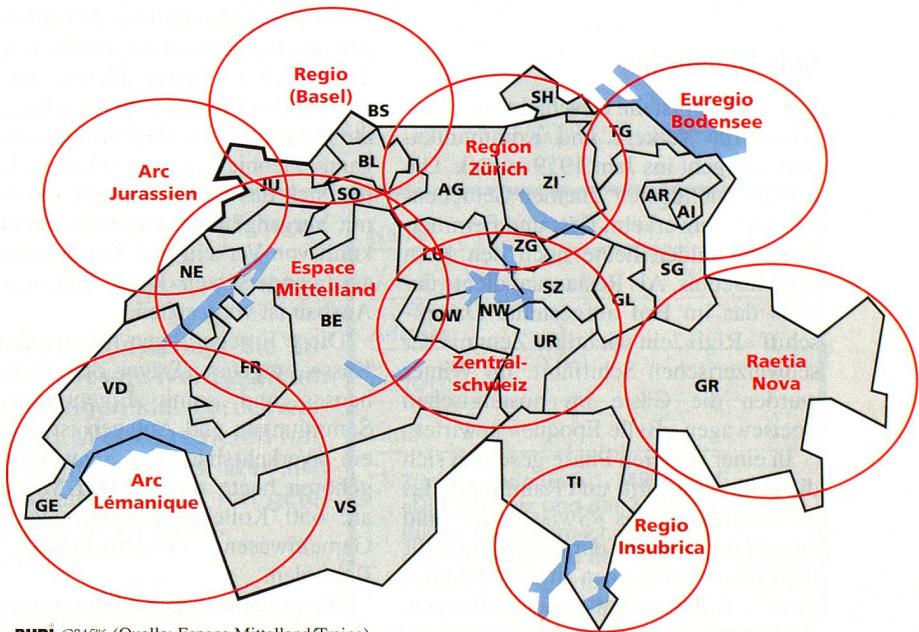
1943 in Lausanne geboren, gehörte Philippe Pidoux von 1986 bis 1993 der Waadtländer Kantonsregierung an. Als Gesundheitsdirektor

forcierte er die Rationalisierung des Spitalwesens und initiierte unter anderem ein Fusionsprojekt der Universitätsspitäler von Genf und Lausanne, das zur Zeit die Politiker beider Kantone beschäftigt. 1993 wurde er als Staatsrat abgewählt. Seit 1983 ist Pidoux Nationalrat. Er ist Mitglied der Freisinnig-demokratischen Partei (FDP).

und auch in der Ostschweiz wird vermehrt zusammengearbeitet. Die meisten Probleme, die wir heute lösen müssen, bedingen eine gewisse kritische Masse. Bis zum Zweiten Weltkrieg entsprachen die 26 Mini-Kantone den Bedürfnissen der Einwohner unseres Landes. In die heutige Welt passen sie jedoch nicht mehr.

Interview: René Lenzin

Die Schweiz der Wirtschaftsräume



BURI GRAFIK (Quelle: Espace Mittelland/Treina)